

Senatsbeschlüsse

über die 160. Sitzung des Senats

am 05.06.2018, 11:15 Uhr

3975.) Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 29. bis 31.05.2018

Beschluss:

Der Senat nimmt die Beschlüsse der Sitzungen der Bremischen Bürgerschaft vom 29. bis 31. Mai 2018 zur Kenntnis und fasst folgende Einzelbeschlüsse:

Stadtbürgerschaft am 29. Mai 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den Präsidenten des Senats vom 30. Mai 2018)

Nr. 19/491 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Neubau der Berufsschule für den Großhandel, Außenhandel und Verkehr
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 20. September 2017
(Drucksache [19/592 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 21. November 2017
(Drucksache [19/691 S](#))
2. Welchen Effekt hatte die Joboffensive in Bremen?
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 17. Januar 2018
(Drucksache [19/723 S](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 27. März 2018
(Drucksache [19/756 S](#))
3. Ist die BSAG ein moderner und effizienter Dienstleister im ÖPNV?

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 15. Februar 2018
(Drucksache [19/736 S](#))

4. Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gebiet „Naherholungsgebiet Bultensee“
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 21. März 2018
(Neufassung der Drucksache [19/746 S](#) vom 6. März 2018)
(Drucksache [19/753 S](#))
5. Kommunales Wohnen in Bremen – Bestandsentwicklung, Mietentwicklung und Steuerung bei der GEWOBA
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. April 2018
(Drucksache [19/759 S](#))
6. Entwicklung des Baumbestandes und Bewirtschaftung durch den Umweltbetrieb
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 11. April 2018
(Drucksache [19/760 S](#))

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/492 S

Fragestunde

1. Erreicht die Feuerwehr Bremen in Zukunft Brände flächendeckend in der Schutzzielzeit?
Anfrage der Abgeordneten Peter Zenner, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 18. April 2018
2. Sanierung des Schulzentrums des Sekundarbereichs II an der Alwin-Lonke-Straße
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 18. April 2018
3. Offene Angebote im „Wilden Westen“

Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. April 2018

4. Pilzbefall in der Schulturnhalle in der Vahr

Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. April 2018

5. Zukünftiger Umschlag des Biomülls

Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. April 2018

6. Gepäckdiebstähle am ZOB Breitenweg

Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Piet Leidreiter und Gruppe BIW vom 20. April 2018

7. Zustand der Sporthalle am Förderzentrum an der Fritz-Gansberg-Straße

Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. April 2018

8. Droht bald ein regelmäßiger Verkehrskollaps in der Sebaldsbrücker Heerstraße?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 24. April 2018

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Förderung des Zuckerwerk e. V.

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. April 2018

10. Grundschulkinder ohne Platz in einer Nachmittagsbetreuung im Schuljahr 2018/2019

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 27. April 2018

11. Ist die palliativmedizinische Versorgung in Altenpflegeeinrichtungen ausreichend?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Mai 2018

12. Belastete Schlacke der Zufahrt zum Windpark Hemelingen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen vom 17. Mai 2018

13. Bewerbung als europäische Jugendhauptstadt – eine Chance für
Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Mai 2018

Diese Anfrage hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung
der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/493 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema
beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/494 S

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft vom 28. Mai 2018

Die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus
Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur
Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land
und Stadtgemeinde Bremen) 2017

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2018

(Drucksache [19/770 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Wahl eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses

Die Stadtbürgerschaft wählt Frau

Helga Lürßen

anstelle von Frau Tamina Kreyenhop zum Mitglied des Jugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. 10. Ortsgesetz über die Gestaltung des charakteristischen Erscheinungsbilds für ein Gebiet zwischen Stephanibrücke, Eduard-Schopf-Allee, Doventorstraße, Weserpromenade und Vor Stephanitor
Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/774 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Ortsgesetzes und dessen Verkündung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Bebauungsplan 2477 für ein Gebiet in Bremen-Häfen zwischen Hans-Glas-Straße, Wilhelm-Maybach-Straße, Gleisanlagen der Industriebahn und dem Werksgelände des Stahlwerks (Bremer Industrie-Park)
Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/777 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2477.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

5. Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/779 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist das Ortsgesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, den Nachtragsproduktgruppenhaushalt und den Nachtragshaushaltsplan für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Die Stadtbürgerschaft erklärt sich damit einverstanden, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu dem Nachtragshaushalt 2018 und 2019 sowie Ergänzungen zum Entwurf des Haushaltsplans nach § 32 Landeshaushaltsordnung unmittelbar an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet werden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/495 S

Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern in Schulen und Horten

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/722 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 17. April 2018
(Neufassung der Drucksache [19/752 S](#) vom 20. März 2018)
(Drucksache [19/762 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/496 S

Strategie des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels

Mitteilung des Senats vom 3. April 2018
(Drucksache [19/757 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/497 S

Umgestaltung des Domshofs nicht länger aufschieben

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Mai 2018
(Drucksache [19/778 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt die Federführung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft ab.
Die Stadtbürgerschaft stimmt der Federführung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zu.
Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und

Häfen (federführend) und an die städtische Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/498 S

Direktvergabe eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags im straßengebundenen ÖPNV auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremen (ÖDLA)

Mitteilung des Senats vom 24. April 2018

(Drucksache [19/767 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/499 S

Potenziale der GEWOBA im Wohnungsbau stärker als bisher nutzen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 17. Oktober 2017

(Drucksache [19/597 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/500 S

Wohnungen der GEWOBA an die Mieter veräußern – Neubau von Wohnungen forcieren

Antrag der Fraktion der FDP
vom 23. Oktober 2017
(Drucksache [19/600 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/501 S

Wann wird das Jugendamt in die Lage versetzt, gesetzliche Aufgaben vollumfänglich und zeitnah wahrnehmen zu können?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 28. November 2017
(Drucksache [19/700 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/733 S](#))

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:
Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/502 S

Bedingungen für effektiven Kinderschutz verbessern – Gesetzliche Fallobergrenze für die Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeiter des Jugendamtes jetzt einführen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 14. Mai 2018
(Drucksache [19/773 S](#))

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/503 S

Unbenutzte Fußgängerbrücke abreißen, Wohnraum schaffen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/738 S](#))

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/504 S

Kostenordnung für die Sondernutzung nach dem Bremischen Landesstraßengesetz in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/775 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Kostenordnung für die Sondernutzung nach dem Bremischen Landesstraßengesetz in der Stadtgemeinde Bremen.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung der Kostenordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/505 S

Vorhabenbezogener Bebauungsplan 126 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Studierendenwohnheims (Appartements) mit zwei Gebäuden zwischen der Ottostraße und der Kantstraße in Bremen-Neustadt

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/776 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 126.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Stadtbürgerschaft zur Kenntnis und beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan sowie den Ort der Auslegung im Amtsblatt der Freien Hansestadt Bremen bekannt zu machen.

Nr. 19/506 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 28

vom 18. Mai 2018

(Drucksache [19/782 S](#))

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/507 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Beirat Huchting bei den weiteren Planungen für die Linien 1 und 8 ernst nehmen und beteiligen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 3. August 2017

(Drucksache [19/548 S](#))

2. Beirat Huchting bei den weiteren Planungen für die Linien 1 und 8 ernst nehmen und beteiligen
Bericht der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft
vom 5. März 2018
(Drucksache [19/742 S](#))
3. Eltern entlasten – Hortbeiträge abschaffen und Horte finanziell mit Ganztagschulen gleichstellen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. April 2018
(Drucksache [19/763 S](#))
4. Verkehrssicherheit durch sicheres Parken erhöhen, Stadtteile von Parkdruck entlasten!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 16. April 2018
(Drucksache [19/761 S](#))
5. Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP
vom 23. Januar 2018
(Drucksache [19/725 S](#))
6. Finanzierungssystem der Kindertagesbetreuung endlich weiterentwickeln – Entgeltfinanzierung einführen
Bericht der städtischen Deputation für Kinder und Bildung
vom 19. April 2018
(Drucksache [19/764 S](#))
7. Unterstützungsangebote für Geflüchtete in Wohnquartieren durch Personalverlegung ausweiten
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 26. April 2018
(Drucksache [19/769 S](#))
8. Grün erhalten – Baumschutz stärken!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 14. Mai 2018

(Drucksache [19/772 S](#))

9. Musikschule Bremen und Bremer Volkshochschule zusammenführen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 17. Mai 2018

(Drucksache [19/780 S](#))

10. Frauenhäuser und Beratungsstellen für Frauen und Kinder mit
(sexualisierten) Gewalterfahrungen nachhaltig absichern!

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/ Die Grünen

vom 18. Mai 2018

(Drucksache [19/781 S](#))

11. Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Hebesätze für die
Gewerbsteuer und die Grundsteuer – Gewerbesteuer auf das Niveau
vor 2018 zurücksetzen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 25. Mai 2018

(Drucksatz [19/785 S](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 30. Mai 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 31. Mai 2018)

Nr. 19/1008

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema
beantragt worden.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1009

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft
vom 28. Mai 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Strategie des Landes und der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels
Mitteilung des Senats vom 3. April 2018
(Drucksache [19/1604](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

2. Ausbildungs- und Übergangszahlen frühzeitig und regelmäßig
veröffentlichen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 17. April 2018
(Drucksache [19/1622](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes
Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige
Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich
regeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 18. Mai 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1570](#) vom 7. März)

(Drucksache [19/1668](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Dem Lehrermangel auch kurzfristig wirksam entgegen wirken – freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer gesetzlich regeln

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1631](#))

Der Bericht und Antrag sind durch die Annahme der Drucksache [19/1668](#) (Neufassung der Drucksache [19/1570](#)) erledigt.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

5. Sanierungsbericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2018

Mitteilung des Senats vom 24. April 2018

(Drucksache [19/1634](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

6. Konsolidierungsbericht 2017 der Freien Hansestadt Bremen
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1635](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

7. Bericht über die Annahme und Verwendung von Beträgen aus
Sponsoring, Werbung, Spenden und mäzenatische Schenkungen zur
Finanzierung öffentlicher Aufgaben der Freien Hansestadt Bremen (Land
und Stadtgemeinde Bremen) 2017
Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2018
(Drucksache [19/1654](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

8. Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des
Landesjugendhilfeausschuss

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt Frau

Helga Lürßen

anstelle von Frau Tamina Kreyenhop zum Mitglied und Frau

Tamina Kreyenhop

anstelle von Frau Helga Lürßen zum stellvertretenden Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

9. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 28
vom 18. Mai 2018
(Drucksache [19/1669](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1010

Bremisches Wohnraumschutzgesetz

Wohnraum schützen – Leerstand und Zweckentfremdung beenden

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1646](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Rechtsausschuss (federführend) und die staatliche Deputation für Bau, Umwelt und Verkehr ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1011

**Der Opfer und Angehörigen der Geiselnahme von Gladbeck
angemessen gedenken!**

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU, der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 23. Mai 2018

(Drucksache [19/1673](#))

1. Die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) gedenken der Opfer des Gladbecker Geiseldramas im Jahr 1988. Sie sprechen ihre Anteilnahme gegenüber allen Opfern, Angehörigen und Hinterbliebenen des Gladbecker Geiseldramas aus und erkennen die besondere Verantwortung unseres Stadtstaates in dem Ablauf der Geschehnisse an.
2. Die Abgeordneten der Bürgerschaft (Landtag) bedauern den damaligen Umgang mit den Angehörigen der Opfer, denen nur eine improvisierte Hilfe und keine standardisierte umfassende Unterstützung zuteil geworden ist und versichern für die Zukunft, dass sich eine derartige Behandlung in Bremen nicht wiederholen wird.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, einen Erinnerungsort für die Opfer des Gladbecker Geiseldramas im Bereich des Busbahnhofs Huckelriede zu initiieren, um den Opfern angemessen zu gedenken. Dabei sind der örtlich zuständige Beirat Neustadt und nach Möglichkeit auch die Angehörigen und Hinterbliebenen der Opfer zu beteiligen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, anlässlich des 30. Jahrestages in einer gesonderten Veranstaltung den Geschehnissen sowie der Opfer und ihrer Angehöriger angemessen zu gedenken.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Lösungsvorschläge des „Bundesbeauftragten für die Opfer und Hinterbliebenen des Terroranschlages auf dem Breitscheidplatz“ zur Notwendigkeit zentraler Opferschutzstrukturen und der Vernetzung der psychosozialen Notfallversorgung dieser Opferschutzstrukturen auf Landesebene mit den in Bremen vorhanden Strukturen abzugleichen und die ergänzenden, die Landesebene betreffende Empfehlungen umzusetzen und sich auf Bundesebene für die Realisierung der weiteren Empfehlungen des Bundesbeauftragten einzusetzen.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an die Senatskanzlei (federführend) und an den Senator für Inneres, den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Senatorin für

Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, den Senator für Kultur, den Senator für Justiz und Verfassung sowie die Senatorin für Finanzen zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1012

Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 9. Februar 2016

(Drucksache [19/266](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1013

Kontinuität der musischen Ausbildung in den Bremer Schulen ermöglichen

Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung

vom 29. November 2017

(Drucksache [19/1421](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1014

Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Dezember 2017

(Drucksache [19/1456](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1660](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1015

Zukünftige Trassenführung der B 6n

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 9. Januar 2018

(Drucksache [19/1460](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018

(Drucksache [19/1545](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1016

Integrierte Planung des Bauabschnitts 2.2 der A 281 und B 6n - Keine Übertragung der Zuständigkeit für die B 6n an den Bund

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1676](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1017

Für einen gerechten Einstieg in die Schulgeldfreiheit: Schulgeldfreiheit für alle Auszubildenden in den therapeutischen Gesundheitsfachberufen!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 26. April 2018

(Drucksache [19/1649](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1018

Sofortige Schulgeldfreiheit ermöglichen – Tatsächliche Ausbildungsbedarfe in den Therapieberufen anerkennen!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1677](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1019

Verbindliche und einheitliche Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch durch medizinische Untersuchung

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/1476](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1020

Minderjährige Flüchtlinge, die keine sind: Medizinische Altersfeststellung als Regelfall einführen!

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 27. Februar 2018

(Drucksache [19/1549](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1021

Menschenrechtswidrige Brechmittelvergabe: Verantwortung und Konsequenzen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 21. Dezember 2017

(Drucksache [19/1458](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 20. März 2018

(Drucksache [19/1592](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1022

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Realisierbarkeit eines allgemeinen Schwerlastterminals in Bremerhaven prüfen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1519](#))
2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Februar 2017
(Drucksache [19/939](#))
2. Lesung
3. Lagebild zum Linksextremismus im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1526](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 10. April 2018
(Drucksache [19/1609](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Bürgerschaft (Landtag) am 31. Mai 2018

(Schreiben des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft an den
Präsidenten des Senats vom 1. Juni 2018)

Nr. 19/1023

Fragestunde

1. Ausbildung zur Hebamme/zum Entbindungspfleger im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Miriam Strunge, Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 19. April 2018
2. Modellversuch „Sonntagsöffnung der Staats- und Universitätsbibliothek“
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. April 2018
3. Baumangel bei der Lunebrücke in Bremerhaven schon vor Eröffnung
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 19. April 2018
4. Keine Prozesskostenhilfe trotz Arbeitslosengeld II?
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2018
5. Gibt es einen neuen Sozialleistungsbetrug in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. April 2018
6. Verkaufspläne für das Kohlekraftwerk Farge
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. April 2018
7. Fiskalerbschaften des Landes Bremen
Anfrage der Abgeordneten Piet Leidreiter, Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. April 2018
8. Straftaten unter Rauschgifteinfluss
Anfrage der Abgeordneten Klaus Remkes, Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. April 2018
9. Abschiebung in den Libanon
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BIW vom 20. April 2018

10. Abbrecher bei der Polizei

Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. April 2018

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

11. Großrazzia in Delmenhorst

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. April 2018

12. Weibliche Genitalverstümmelungen in Bremen

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. April 2018

13. Sprengstoffsuchhunde im Lande Bremen

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. April 2018

14. Mitbetreuungsstunden im Land Bremen

Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 24. April 2018

15. Sicherheitslage bei Gerichtsverhandlungen

Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und
Fraktion der CDU vom 25. April 2018

16. Weitere Verwendung des Unibad-Geländes

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Susanne Grobien, Thomas Rö-
wekamp und Fraktion der CDU vom 25. April 2018

17. Ermittlungen wegen Rechtsterrorismus gegen Mitglieder der Gruppierung
„Nordadler“

Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 26.
April 2018

18. Umbenennung des Studentenwerks Bremen

Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Sina Dertwinkel, Thomas
Röwekamp und Fraktion der CDU vom 26. April 2018

19. Das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz und seine
Auswirkungen auf Bremen

Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der
SPD vom 14. Mai 2018

20. Insektenmonitoring in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Jens Crueger, Björn Tschöpe und Fraktion der
SPD vom 14. Mai 2018

21. Wann bekennt sich der Senat endlich zur Neonatologie in Bremerhaven?
Anfrage der Abgeordneten Sina Dertwinkel, Rainer Bensch, Silvia Neumeier, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 15. Mai 2018

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1024

**Gesetz zur Änderung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt
Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019**

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1665](#))

1. Lesung

**Ergänzung zur Änderung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt
Bremen für die Haushaltsjahre 2018 und 2019**

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2018

(Drucksache [19/1693](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit der in der Mitteilung des Senats enthaltenen Fassung in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist das Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes der Freien Hansestadt Bremen mit der in der Mitteilung des Senats enthaltenen Fassung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019, den Nachtragsproduktgruppenhaushalt und den Nachtragshaushaltsplan mit der in der Mitteilung des Senats enthaltenen Fassung für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1025

**Faire Beteiligung des Bundes an den Kosten für die
Bereitschaftspolizei**

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 13. Februar 2018

(Drucksache [19/1536](#))

Der Senat wird aufgefordert,

1. gegenüber dem Bund auf die volle Refinanzierung der Personalkosten für die Bereitschaftspolizei hinzuwirken. Dabei ist selbstverständlich sicherzustellen, dass die Personalhoheit unangetastet und die Dienstherrenbefugnisse beim Land verbleiben;
2. sich im Rahmen der Innenministerkonferenz für eine solche Refinanzierung der Personalstellen einzusetzen und nötigenfalls entsprechende Beschlüsse im Bundesrat zu beantragen, sofern eine einvernehmliche Regelung im Rahmen einer Nachverhandlung des bilateralen Verwaltungsabkommens zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Bund nicht zu erreichen ist;
3. der staatlichen Deputation für Inneres bis Ende 2018 über die entsprechenden Ergebnisse zu berichten.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis und überweist den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) an den Senator für Inneres zur weiteren Veranlassung.

Nr. 19/1026

**Gesetz zur Änderung des Bremischen Nichtraucherchutzgesetzes
Bremisches Nichtraucherchutzgesetz hat sich bewährt**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 18. Mai 2018

(Drucksache [19/1667](#))

1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Beschluss:

Der Senat nimmt den Beschluss der Bürgerschaft (Landtag) zur Kenntnis und beschließt die Ausfertigung des Gesetzes und dessen Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

Nr. 19/1027

Schule für externe Fachkräfte öffnen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 8. März 2018

(Drucksache [19/1573](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1028

Prävention und Deradikalisierung in Bremen neu konzipieren!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/1477](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1029

Bessere medizinische Versorgung in benachteiligten Stadtteilen: Neue Wege in der kommunalen Gesundheitspolitik, zum Beispiel durch Stadtteilgesundheitszentren, prüfen und einschlagen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 16. Januar 2018

(Drucksache [19/1486](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1585](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1030

Kommt der Senat bei der wirksamen Bekämpfung und Prävention von Armut voran?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 23. Januar 2018

(Drucksache [19/1490](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1586](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1031

Bericht über die Umsetzung des Erasmus+ -Programms in Bremen

Mitteilung des Senats vom 30. Januar 2018

(Drucksache [19/1504](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

Nr. 19/1032

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Fünf Jahre Wohnraumförderprogramme des Senats – Bilanz und Perspektiven
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Februar 2018
(Drucksache [19/1521](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 3. April 2018
(Drucksache [19/1605](#))
2. Straftaten von Flüchtlingen in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfassen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1527](#))
3. Bremens Standortprobleme endlich anpacken – Image verbessern!
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 13. Februar 2018
(Drucksache [19/1528](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1636](#))
4. Änderung des Erlasses zur Unterbringung von Abschiebehäftlingen

Antrag der Fraktion der CDU

vom 13. Februar 2018

(Drucksache [19/1530](#))

5. Schwerbehindertenausweis umbenennen
Mitteilung des Senats vom 20. Februar 2018
(Drucksache [19/1543](#))
6. Mittelweserausbau, Beendigung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Februar 2018
(Drucksache [19/1550](#))
7. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 20. Juni 2017
(Drucksache [19/1130](#))
8. Unverhältnismäßige Strafverfolgung bei Beförderungerschleichung
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 7. März 2018
(Drucksache [19/1571](#))
9. Sparsam, wirkungsarm, männerzentriert? Zur Bilanz der Wirtschaftsförderung nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) und seiner Arbeitplatzeffekte 2007 bis 2017
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1567](#))
Dazu
Mitteilung des Senats vom 24. April 2018
(Drucksache [19/1637](#))
10. Jetzt in den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr einsteigen – Bundesratsinitiative für Modellprojekte starten!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. März 2018
(Drucksache [19/1568](#))
11. Entwicklung der Ticketpreise im öffentlichen Personennahverkehr und Perspektiven für eine klimaverträgliche Mobilität für alle

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 6. März 2018

(Drucksache [19/1569](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 29. Mai 2018

(Drucksache [19/1681](#))

12. Einrichtung einer Interventionsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 12. März 2018

(Drucksache [19/1577](#))

13. Eckpunkte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 13. März 2018

(Drucksache [19/1580](#))

14. Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. September 2017

(Drucksache [19/1240](#))

15. Arbeitsassistenzen anhand der tatsächlichen Notwendigkeit gewähren!

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

vom 14. März 2018

(Drucksache [19/1590](#))

16. Zurück zum Grundgesetz: Netzwerkdurchsetzungsgesetz bekämpfen

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 21. März 2018

(Drucksache [19/1599](#))

17. Berufsabitur auch in Bremen einführen

Antrag der Fraktion der FDP

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1614](#))

18. Informationen über Schwangerschaftsabbruch enttabuisieren!

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1615](#))

19. Mehr Altenpflegekräfte braucht das Land – für ein Sofortprogramm

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1616](#))

20. Hat Bremen die Voraussetzungen für eine gelingende Integration in den
Arbeitsmarkt geschaffen?

Große Anfrage der Fraktion der CDU

vom 10. April 2018

(Drucksache [19/1608](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/1670](#))

21. Umweltbezogenen Anteil bei den Hafengebühren für die bremischen
Häfen stärken, Landstrom ausbauen

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1617](#))

22. Mutterschutz von Anfang an

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. April 2018

(Drucksache [19/1618](#))

23. Innovationsstrategie für Bremen und Bremerhaven stärker mit der
Fachkräftestrategie verbinden

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP

vom 29. Mai 2018

(Neufassung der Drucksache [19/1619](#) vom 11. April 2018)

(Drucksache [19/1692](#))

24. Schwangerschaftsabbruch – wie ist die aktuelle Situation in Bremen?

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE

vom 12. April 2018

(Drucksache [19/1620](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 22. Mai 2018

(Drucksache [19/1671](#))

25. Versorgungs- und Rechtssicherheit für Medizinalhanf-Patientinnen und Medizinalhanf-Patienten

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 20. April 2018

(Drucksache [19/1628](#))

26. Innere Sicherheit erster Schritt: Ehrlichkeit in der Statistik

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 26. April 2018

(Drucksache [19/1651](#))

27. Flüchtlingsbeschulung an den Asylstatus koppeln

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)

vom 3. Mai 2018

(Drucksache [19/1652](#))

28. Gebührenfrei studieren - Verwaltungskostenbeitrag nicht weiter erhöhen, sondern abschaffen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 8. Mai 2018

(Drucksache [19/1653](#))

29. Ein neuer Impuls für Bremen. Machbarkeitsstudie für medizinische Fakultät in Auftrag geben

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1657](#))

30. Die bestehenden Notfallambulanzen durch Portalpraxen entlasten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 15. Mai 2018

(Drucksache [19/1658](#))

31. Öffentliche Informationen über legale Schwangerschaftsabbrüche ermöglichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 17. Mai 2018
(Drucksache [19/1666](#))

32. Stigmatisierung verhindern. Schwerbehindertenausweis ersetzen.
Teilhabepass einführen!
Antrag der Fraktionen der FDP und DIE LINKE
vom 23. Mai 2018
(Drucksache [19/1674](#))

33. Bremerhavens Bahnverkehr zukunftstauglich machen!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 25. Mai 2018
(Drucksache [19/1675](#))

Beschluss:

Der Senat nimmt Kenntnis.

3976.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie zur Aufhebung der Bekanntmachung über die federführende Behörde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Verordnung über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften
(Vorlage 2143/19)

Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2143/19 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bremischen Landesgesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie zur Aufhebung der Bekanntmachung über die federführende Behörde nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und der Verordnung über Anforderungen an Anlagen zum Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Festmist und Silagesickersäften (Anlage 1) sowie die Mitteilung und deren Weiterleitung

an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung in der Plenarsitzung im Juni 2018 unter der Maßgabe folgender Änderung zu:
In der Mitteilung des Senats werden im letzten Satz vor dem Wort „gebeten“ die Worte „in der Juni-Sitzung 2018“ eingefügt.

3977.) "Wie sanierungsbedürftig sind Bremens Straßen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2144/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2144/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
In der Antwort auf Frage 1 werden der zweite und dritte Satz ersatzlos gestrichen und im darauf folgenden Satz das Wort „sie“ ersetzt durch die Worte „die Brücken“.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3978.) Staatsvertrag zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen
(Vorlage 2145/19)

Beschluss:

1. Der Senat ermächtigt den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr entsprechend der Vorlage 2145/19 die Neufassung (Anlage 1) des Staatsvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)

sowie nationaler Fördermaßnahmen in der mit dem Land Niedersachsen abgestimmten Fassung vom 17.04.2018 zu unterzeichnen.

2. Der Senat bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Entwurf der Neufassung (Anlage 1) des Staatsvertrages zwischen der Freien Hansestadt Bremen und dem Land Niedersachsen im Bereich der beiden EU-Fonds Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) sowie nationaler Fördermaßnahmen zur Kenntnis zu nehmen.
3. Der Senat stellt fest, dass
 - unter „A. Problem“ im zweiten Absatz, erster Satz die Worte „Präsidenten des Senats“ ersetzt werden durch die Worte „Senator für Umwelt, Bau und Verkehr“.
 - im Staatsvertrag im ersten Absatz die Worte „Präsidenten des Senats“ ersetzt durch die Worte „Senator für Umwelt, Bau und Verkehr“ und die Worte „den Ministerpräsidenten“ ersetzt werden durch die Worte „die Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“.

3979.) Handlungshilfen zur Anwendung des Public Corporate Governance Kodex der Freien Hansestadt Bremen
(Vorlage 2146/19)

Beschluss:

Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die Senatorin für Finanzen die Vorlage zurückzieht.

- 3980.) Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 - 2023
hier: Vorschlagslisten für die Stadtgemeinde Bremen
(Vorlage 2147/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2147/19 die anliegende Mitteilung und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Beschlussfassung noch in der nächsten Sitzung.

- 3981.) "Werden durch das Ausgleichsverfahren in der Altenpflege mehr Ausbildungsplätze geschaffen?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2148/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2148/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3982.) "Entwicklung der Einsatzsituation des Rettungsdienstes in Bremen und Bremerhaven"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
(Vorlage 2149/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2149/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Maßgabe folgender Änderung zu:
In der Antwort auf Frage 15 werden im ersten Absatz, letzter Satz die Worte „für das 1. Halbjahr 2018“ ersetzt durch das Wort „kurzfristig“.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

- 3983.) Sechster Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH mit dem Schwerpunkt Medizinstrategie
(Vorlage 2150/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2150/19 den sechsten Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH (GeNo) zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz dafür Sorge zu tragen, dass die GeNo den Sanierungsweg über 2017 hinaus weiter fortsetzt.
3. Der Senat bittet die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, den „Sechsten Bericht über die Sanierung der Gesundheit Nord gGmbH“ der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie über die Senatorin für Finanzen dem Controllingausschuss vorzulegen.

- 3984.) Wahlmöglichkeit bei der Krankenversicherung für Beamtinnen und Beamte (Berichtsauftrag der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) vom 22. Februar 2018)
(Vorlage 2151/19)
-

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2151/19 die Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Kenntnisnahme.

- 3985.) Bebauungsplan 2450
für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt
zwischen Am Schwarzen Meer, Sankt-Jürgen-Straße, Bismarckstraße und
Friedrich-Karl-Straße
(Bearbeitungsstand: 29.03.2018)
(Vorlage 2152/19)
-

Beschluss:

1. Der Senat schließt sich dem Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft einschließlich Anlage zum Bericht an und beschließt, den Bebauungsplan 2450 für ein Gebiet in Bremen-Östliche Vorstadt zwischen Am Schwarzen Meer, Sankt-Jürgen-Straße, Bismarckstraße und Friedrich-Karl-Straße (Bearbeitungsstand: 29.03.2018) entsprechend der Vorlage 2152/19 der Stadtbürgerschaft zur Beschlussfassung zuzuleiten.
2. Der Senat stellt fest, dass unter „E. Beteiligung / Abstimmung“ der letzte Satz wie folgt gefasst wird:
„Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft hat in der Sondersitzung am 29.05.2018 den Bericht zum Bebauungsplanentwurf 2450 (Bearbeitungsstand: 29.03.2018) beschlossen.“

- 3986.) Tagesordnung der 968. Sitzung des Bundesrates am 08.06.2018
(Vorlage)
-

Beschluss:

1. Der Senat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und fasst folgende Beschlüsse:

- 001 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des
Bundshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2018

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 125/1/18

002 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Kindergeld-rechts
Bayern (U)

(Drs. 171/18)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

003 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
Sachsen (U)

Beschluss: Einbringung des Gesetzentwurfs und Bestellung
eines/r Beauftragten

= Zustimmung zu Drs. 137/1/18

004 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Strafgesetzbuches - Verbesserung des
strafrechtlichen Schutzes bei Rauschtaten
Sachsen (U)

(Drs. 204/18)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

005 Entschließung des Bundesrates zur Schließung der
Förderlücke für ausbildungs-/ studienwillige
Personen mit Aufenthaltsgestattung oder Duldung
und Voraufenthaltszeiten von mehr als 15 Monaten
Baden-Württemberg (U)

Beschluss: Fassen der Entschließung

= Zustimmung zu Drs. 123/18

006 Entschließung des Bundesrates für eine
Modernisierung und Erweiterung der EU-
Regelungen für Notbremsassistenten und
Abstandswarner in schweren Nutzfahrzeugen
Brandenburg (U),Niedersachsen (U),Baden-
Württemberg (B)

Beschluss: Fassen der Entschließung

= Zustimmung zu Drs. 138/18

007 Entschließung des Bundesrates: ""Gebührenfreiheit für Aufstiegsfortbildungen voranbringen""
Niedersachsen (U)

Beschluss: Fassen der Entschließung in geänderter Fassung

= Zustimmung zu Drs. 111/1/18

008 Entschließung des Bundesrates für eine Anhebung der Tagespauschale zur Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen
Bayern (U)

Beschluss: Enthaltung zum Fassen der Entschließung

= Enthaltung zu Drs. 136/18

009 Entschließung des Bundesrates - Mehr Sicherheit beim Abbiegevorgang von Nutzfahrzeugen durch Abbiegeassistenzsysteme
Berlin (U), Brandenburg (U), *Bremen (U)*, Hessen (U), Thüringen (U)

Beschluss: Fassen der unveränderten Entschließung, in der Schlussabstimmung,

hilfsweise Fassen der Entschließung nach

Maßgabe

= Zustimmung zu Drs. 110/1/18

mit folgender Maßgabe:

Ablehnung der Ziffer 1

010 Entwurf eines Gesetzes zur Ausübung von Optionen der EU-Prospektverordnung und zur Anpassung weiterer Finanzmarktgesetze

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 147/1/18

011 Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf ohne einige Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 175/1/18

Enthaltung zu Ziffern 1, 2, 10, 16, 22

Ablehnung zu Ziffer 11

Zustimmung zu Ziffer 21

Freie Hand zu Ziffer 7 mit Tendenz Zustimmung

012 Entwurf eines Gesetzes zum Erlass und zur Änderung bundesrechtlicher Vorschriften in Bezug auf die Übernahme der Aufgaben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht durch das Bundesarchiv

Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 151/18

013 Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2015/2436 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Marken

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 148/1/18

014 Entwurf eines Gesetzes zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzesentwurf ohne einige Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 176/1/18

mit folgender Maßgabe:

Ablehnung der Ziffer 4

Enthaltung zu den Ziffern 5, 13, 14, 24;

Freie Hand zu Ziffern 7 und 8 mit Tendenz Zustimmung

015 Entwurf eines Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes

Beschluss: Stellungnahme zum Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 205/1/18

016 Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 7. Dezember 2017 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Europäischen Forstinstitut über die Errichtung eines Büros des Europäischen Forstinstituts in der Bundesrepublik Deutschland

Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 146/18

017 Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 24. August 2017 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kamerun zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen von Luftfahrtunternehmen

Beschluss: Keine Einwendungen gegen den Gesetzentwurf

= Zustimmung zu Drs. 149/18

018 Abkommen vom 4. April 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Norwegen über die Verlängerung des Abkommens vom 26. Februar 2010 über die Umbildung der Deutschen Schule Oslo - Max Tau in eine deutsch-norwegische Begegnungsschule

Beschluss: Keine Einwendungen zum Abkommen

= Zustimmung zu Drs. 164/18

019 Entlastung der Bundesregierung wegen der Haushaltsrechnung und der Vermögensrechnung des Bundes für das Haushaltsjahr 2016

Beschluss: Entlastung erteilen

= Zustimmung zu Drs. 549/17, 760/17 und 130/18

020 a Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Emission gedeckter Schuldverschreibungen und die öffentliche Aufsicht über gedeckte Schuldverschreibungen und zur Änderung der Richtlinien 2009/65/EG und 2014/59/EU

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne eine Ziffer

= Zustimmung zu Drs. 75/1/18

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu Ziffer 3

020 b Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 hinsichtlich Risikopositionen in Form gedeckter Schuldverschreibungen

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne eine Ziffer

= Zustimmung zu Drs. 74/1/18

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu Ziffer 2

021 Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum Zugang zum Sozialschutz für Arbeitnehmer und Selbstständige

Beschluss: Stellungnahme zur Ratsempfehlung ohne drei Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 87/1/18

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu Ziffer 3, 4 und 7

022 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Errichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne einige

Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 98/1/18

mit folgender Maßgabe:

Ablehnung der Ziffern 3, 5, 6, 8, 10, 13 und 14

023 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 im Hinblick auf die Mindestdeckung notleidender Risikopositionen

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag ohne zwei Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 103/1/18

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu den Ziffern 1 und 10

024 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Kreditdienstleister, Kreditkäufer und die Verwertung von Sicherheiten

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag

= Zustimmung zu Drs. 112/1/18

025 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Ein den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gewachsener europäischer Einzelhandel

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung

= Zustimmung zu Drs. 127/1/18

026 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Bekämpfung von Desinformation im Internet - ein europäisches Konzept

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung

= Zustimmung zu Drs. 154/1/18

027 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Aufbau eines gemeinsamen europäischen Datenraums

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung

= Zustimmung zu Drs. 156/18

028 Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Künstliche Intelligenz für Europa

Beschluss: Stellungnahme zur Kommissionsmitteilung

= Zustimmung zu Drs. 158/1/18

029 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Verbandsklagen zum Schutz der Kollektivinteressen der Verbraucher und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/22/EG

Beschluss: Ablehnung der Subsidiaritätsrüge

= Ablehnung der Drs. 155/1/18

030 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Lebensmittelversorgungskette

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag ohne einige Ziffern

= Zustimmung zu Drs. 116/1/18

mit folgender Maßgabe:

Ablehnung der Ziffern 1 - 3, 12, 13, 16, 18, 20 - 22 sowie

Enthaltung zu Ziffer 17

031 Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002 [allgemeines Lebensmittelrecht], der Richtlinie 2001/18/EG [absichtliche Freisetzung von GVO in die Umwelt], der Verordnung (EG) Nr. 1829/2003 [genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel], der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 [Futtermittelzusatzstoffe], der Verordnung (EG) Nr. 2065/2003 [Raucharomen], der Verordnung (EG) Nr. 1935/2004 [Lebensmittelkontaktmaterialien], der Verordnung (EG) Nr. 1331/2008 [einheitliches Zulassungsverfahren für Lebensmittelzusatzstoffe, -enzyme und -aromen], der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 [Pflanzenschutzmittel] und der Verordnung (EU) 2015/2283 [neuartige Lebensmittel]

Beschluss: Stellungnahme zum Verordnungsvorschlag

= Zustimmung zu Drs. 162/1/18

032 Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Online-Warenhandels und anderer Formen des Fernabsatzes von Waren

Beschluss: Stellungnahme zum Richtlinienvorschlag

= Zustimmung zu Drs. 190/18

033 Verordnung zur Bestimmung der Rentenwerte in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Alterssicherung der Landwirte zum 1. Juli 2018

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 140/18

034 Vierundzwanzigste Verordnung zur Anpassung des Bemessungsbetrages und von Geldleistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 141/18

035 Fünfzigste Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 142/18

036 Verordnung zur Änderung der Bundeswildschutzverordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung nach Maßgabe ohne zwei Ziffern

und Fassen einer EntschlieÙung

= Zustimmung zu Drs. 132/1/18

mit folgender Maßgabe:

Ablehnung der Ziffern 6 und 7

037 a Verordnung zu Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Oktober 2016 (BGBl. 2016 II S. 1178)

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 159/18 und zu zu Drs. 159/18

037 b Verordnung zu Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Dezember 2015 (BGBl. 2015 II S. 1630, 1631)

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 160/18 und zu zu Drs. 160/18

038 Analgetika-Warnhinweis-Verordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 133/18

039 Verordnung zur Anpassung arzneimittelrechtlicher und weiterer Vorschriften an die delegierte Verordnung (EU) 2016/161 der Kommission vom 2. Oktober 2015 zur Ergänzung der Richtlinie 2001/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates durch die Festlegung genauer Bestimmungen über die Sicherheitsmerkmale auf der Verpackung von Humanarzneimitteln und an die Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung) und zur Änderung arzneimittel- und apothekenrechtlicher Vorschriften

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung und Enthaltung zur Frage

Fassen der EntschlieÙung

= Zustimmung zu Drs. 143/1/18

mit folgender Maßgabe:

Enthaltung zu Ziffer 2

040 Verordnung zur Änderung
betäubungsmittelrechtlicher und anderer
Vorschriften

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 144/18

041 Verordnung über die Ausgestaltung der
Gesellschafterliste

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 105/18

042 Verordnung zur Änderung der Elektro- und
Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung und der Anzeige-
und Erlaubnisverordnung

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 150/18

043 Verordnung zur schrittweisen Einführung
bundeseinheitlicher Übertragungsnetzentgelte

Beschluss: Zustimmung zur Verordnung

= Zustimmung zu Drs. 145/18

044 Benennung von Mitgliedern der unabhängigen
Experten-kommission gemäß § 13a Absatz 6 Satz 4
Nummer 3 und 6 des Wasserhaushaltsgesetzes

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Frau Angelika
Seidemann/BB und Frau Sabine Rosenbaum/SH)

= Zustimmung zu Drs. 113/1/18

045 Benennung eines Mitglieds für den Eisenbahninfra-
strukturbeirat

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (Min'in Ilse Aigner/BY)

= Zustimmung zu Drs. 119/18

046 Benennung eines Mitglieds für den Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen

Beschluss: Benennung gemäß Vorschlag (StMin Pschierer/BY)
= Zustimmung zu Drs. 120/18

047 Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Beschluss: Von Äußerung und Beitritt absehen
= Zustimmung zu Drs. 180/18

048 Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 GG)

Berlin (U), Brandenburg (U), Bremen (U), Rheinland-Pfalz (U), Thüringen (U)

(Drs. 225/18)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

049 Entschließung des Bundesrates für ein Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechterzuordnung

Rheinland-Pfalz (U), Bremen (U)

(Drs. 226/18)

Beschluss: **Überweisung an die Ausschüsse**

050 Umbenennung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Beschluss: Zustimmung zur Umbenennung (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit)

= Zustimmung zu Drs. 235/18

2. Der Senat stellt fest, dass Frau Staatsrätin Hiller an der 968. Sitzung des Bundesrates teilnehmen wird.

3987.) "Hält Bremen die gesetzlichen Betreuungsrelationen in den Jobcentern ein?"
(Kleine Anfrage der Fraktion der CDU)
(Vorlage 2153/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2153/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU mit der Maßgabe folgender Änderungen zu:
 - In der Antwort auf Frage 7 wird im zweiten Absatz der letzte Satz ersatzlos gestrichen.
 - In der Antwort auf Frage 11 werden die letzten drei Sätze ersatzlos gestrichen.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3988.) "Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung von Gefangenen"
(Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN)
(Vorlage 2154/19)

Beschluss:

1. Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 2154/19 einer schriftlichen Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.
2. Die Antwort ist dem Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zuzuleiten.

3989.) "Ist die BSAG ein moderner und effizienter Dienstleister im ÖPNV?"
(Große Anfrage der Fraktion der FDP)
(Vorlage 2155/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2155/19 die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP vom 15. Februar 2018 sowie die

Mitteilung des Senats und deren Weiterleitung an die Stadtbürgerschaft mit der Bitte um Kenntnisnahme unter der Maßgabe folgender Änderung:
In der Antwort auf Frage 54 wird der dritte Absatz ersatzlos gestrichen.

3990.) Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer Bremen (Vorlage 2156/19)

Beschluss:

Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2156/19 die Verordnung über die Übertragung staatlicher Aufgaben auf die Landwirtschaftskammer Bremen sowie die Ausfertigung der Verordnung und deren Verkündung im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen.

3991.) Kostensteigerung bei der Anbindung des Überseehafengebietes in Bremerhaven an die BAB A27 (Ausbau der Cherbourger Straße) (Vorlage 2157/19)

Beschluss:

1. Der Senat nimmt entsprechend der Vorlage 2157/19 die aktuelle Erhöhung des erforderlichen Mittelbedarfs für die Baukosten in Höhe von 21,876 Mio. EUR (einschl. ausgewiesener Risiken von 2,546 Mio. EUR) und die Planungskosten in Höhe von 8,589 Mio. EUR des Hafentunnels in Bremerhaven zur Kenntnis.
2. Der Senat bittet den Magistrat Bremerhaven, weiterhin alle Möglichkeiten zur Minderung der potentiellen Kostensteigerung auszuschöpfen.
3. Der Senat nimmt zur Kenntnis, dass die vom Land zusätzlich zu tragenden Baukosten rd. 17,501 Mio. EUR (einschl. der anteiligen Risiken von 2,038 Mio. EUR) und die Planungsmittel rd. 8,589 Mio. EUR entsprechend der beschlossenen Kostenteilung zu finanzieren sind.

4. Der Senat stimmt dem Finanzierungskonzept für die Mehrbedarfe zu, wonach die fehlenden Planungskosten in 2018 in Höhe von 1,298 Mio. EUR über eine Finanzierung aus dem Projektkonto Bau umgesetzt und aus nicht benötigten Planungsmitteln für das Jahr 2019 wieder dem Projektkonto Bau mit 0,749 Mio. EUR zurückgeführt werden. Die restlichen Mittel von 0,549 Mio. EUR werden in der Haushaltsaufstellung 2020/21 beim Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zusätzlich und einmalig angemeldet.

5. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die zusätzlichen Finanzbedarfe für die Baukosten von rd. 13,567 Mio. EUR zzgl. des Restbedarfes aus dem Mitteltausch von 0,549 Mio. € aus 2018 und für die Planungskosten von 1,959 Mio. EUR im Jahr 2020/21 prioritär im Rahmen des jeweiligen Produktplanbudgets der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung darzustellen und ab 2022 bei der Fortschreibung der maßnahmenbezogenen Investitionsplanung anzumelden.

6. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die erforderlichen Beschlüsse zur Finanzierung der Planungskosten von 2,508 Mio. EUR in der Fachdeputation und im Haushalts- und Finanzausschuss sowie über die Verpflichtungsermächtigung über 5,882 Mio. € einzuholen.

7. Der Senat bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die erforderlichen Beschlüsse zur dargestellten Finanzierung der Baukosten von 14,116 Mio. EUR in der Fachdeputation und im Haushalts- und Finanzausschuss über die Verpflichtungsermächtigung in gleicher Höhe einzuholen.

8. Der Verlängerung der Refinanzierung einer Stelle zum Kostencontrolling bis Ende des Projekts stimmt der Senat zu.

9. Der Senat bittet den Magistrat der Seestadt Bremerhaven seinen Anteil an den Mehrkosten für den Bau von 4,375 Mio. EUR (20 %) ebenfalls haushaltsrechtlich abzusichern.

10. Der Senat bittet die Vertragsparteien auf Seiten des Landes Bremen (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Senatorin für Finanzen) sowie den Magistrat der Seestadt Bremerhaven, den Vertrag mit dem Verein Hafenanbindung Bremerhaven e.V. hinsichtlich der Rückabwicklungsklausel so anzupassen, dass evtl. zusätzliche finanzielle Risiken ausgeschlossen werden.

11. Der Senat bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur über die Erhöhung des Kostenrahmens zu informieren.

12. Der Senat bittet die Bewilligungsbehörde beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, die Bewilligungsbescheide für die Bau- und Planungskosten anzupassen.